



EUROPÄISCHE ZENTRALBANK

EUROSYSTEM

PRESSEKONFERENZ **Frankfurt am Main, 4. Juli 2013**

EINLEITENDE BEMERKUNGEN

Sehr geehrte Damen und Herren, der Vizepräsident und ich freuen uns sehr, Sie zu unserer Pressekonferenz begrüßen zu dürfen. Wir werden Sie nun über die Ergebnisse der heutigen Sitzung des EZB-Rats informieren, an der auch der Vizepräsident der Kommission, Herr Rehn, teilgenommen hat.

Auf der Grundlage seiner regelmäßigen wirtschaftlichen und monetären Analyse hat der EZB-Rat heute beschlossen, die **Leitzinsen der EZB** unverändert zu belassen. Die jüngsten Daten haben unsere bisherige Einschätzung bestätigt. Der zugrunde liegende Preisdruck im Euro-Währungsgebiet dürfte auf mittlere Sicht gedämpft bleiben. In dieses Bild passt auch, dass das Geldmengen- und insbesondere das Kreditwachstum nach wie vor verhalten sind. Die Inflationserwartungen für das Euro-Währungsgebiet sind weiterhin fest auf einem Niveau verankert, das mit unserem Ziel im Einklang steht, die Preissteigerung auf mittlere Sicht unter, aber nahe 2 % zu halten. Zugleich deuten aktuelle aus Umfragedaten gewonnene Vertrauensindikatoren auf eine gewisse weitere Verbesserung ausgehend von einem niedrigen Niveau hin. Unser geldpolitischer Kurs ist darauf ausgerichtet, den durch die Aussichten für die Preisstabilität gebotenen Grad an geldpolitischer Akkommodierung beizubehalten und stabile Geldmarktbedingungen zu fördern. Somit wird eine konjunkturelle Erholung später im Jahr und 2014 unterstützt. Mit Blick auf die Zukunft wird der akkommodierende geldpolitische Kurs so lange wie erforderlich beibehalten. Der EZB-Rat geht davon aus, dass die EZB-Leitzinsen für längere Zeit auf dem aktuellen oder einem niedrigeren Niveau bleiben werden. Diese Einschätzung basiert auf den auch mittelfristig insgesamt gedämpften Inflationaussichten vor dem Hintergrund der verbreitet schwachen Realwirtschaft und der verhaltenen Geldmengenentwicklung. In nächster Zeit werden wir alle eingehenden Informationen zu den wirtschaftlichen und monetären Entwicklungen verfolgen und sämtliche Auswirkungen auf die Aussichten für die Preisstabilität analysieren.

Gestatten Sie mir nun, unsere Einschätzung näher zu erläutern und dabei mit der **wirtschaftlichen Analyse** zu beginnen. Das reale BIP ging im ersten Quartal 2013 um 0,3 % zurück, nachdem es im

vorangegangenen Vierteljahr um 0,6 % gesunken war. Zugleich stellt sich die Lage am Arbeitsmarkt weiterhin schwach dar. Die aktuelle Entwicklung der Konjunkturindikatoren und insbesondere der umfragebasierten Messgrößen weist auf eine gewisse weitere Verbesserung ausgehend von einem niedrigen Niveau hin. Im Hinblick auf den weiteren Jahresverlauf und das Jahr 2014 sollte das Exportwachstum im Eurogebiet von einer allmählichen Erholung der weltweiten Nachfrage profitieren, während die Inlandsnachfrage durch den akkommodierenden geldpolitischen Kurs sowie durch die jüngsten Realeinkommensgewinne infolge der insgesamt niedrigeren Inflation gestützt werden dürfte. Ungeachtet der jüngsten Entwicklungen dürften zudem die allgemeinen Verbesserungen, die seit dem vergangenen Sommer an den Finanzmärkten verzeichnet wurden, ebenso wie die Fortschritte bei der Haushaltskonsolidierung auf die Realwirtschaft durchwirken. Gleichwohl werden die noch notwendigen Bilanzanpassungen im öffentlichen und im privaten Sektor die Wirtschaftsentwicklung weiterhin belasten. Insgesamt dürfte sich die Konjunktur im Eurogebiet im weiteren Jahresverlauf – wenn auch langsam – stabilisieren und allmählich erholen.

Die Risiken für den Wirtschaftsausblick im Euroraum sind nach wie vor abwärtsgerichtet. Die jüngste Verschärfung der Bedingungen an den globalen Geld- und Finanzmärkten sowie damit verbundene Unsicherheiten könnten sich negativ auf die Konjunkturlage auswirken. Zu den anderen Abwärtsrisiken zählen eine möglicherweise schwächer als erwartet ausfallende inländische und weltweite Nachfrage sowie eine langsame oder unzureichende Umsetzung von Strukturreformen in Ländern des Eurogebiets.

Wie bereits in den vergangenen Monaten dargelegt, dürften die jährlichen Inflationsraten – insbesondere bedingt durch Basiseffekte – im gesamten weiteren Jahresverlauf einer gewissen Volatilität ausgesetzt sein. Die jährliche Teuerungsrate nach dem HVPI für das Euro-Währungsgebiet belief sich der Vorausschätzung von Eurostat zufolge im Juni 2013 auf 1,6 % und lag damit über dem im Mai verzeichneten Wert von 1,4 %. Dieser Anstieg war auf einen aufwärtsgerichteten Basiseffekt im Zusammenhang mit der Energiepreisentwicklung vor Jahresfrist zurückzuführen. Der zugrunde liegende Preisdruck dürfte jedoch aufgrund der breit angelegten Schwäche der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und der nur schleppenden Konjunkturerholung auf mittlere Sicht niedrig bleiben. Die Inflationserwartungen bleiben mittelfristig fest auf einem Niveau verankert, das mit Preisstabilität im Einklang steht.

Die Risiken in Bezug auf die Aussichten für die Preisentwicklung dürften auf mittlere Sicht nach wie vor weitgehend ausgewogen sein, wobei sich Aufwärtsrisiken aus stärker als erwartet steigenden administrierten Preisen und indirekten Steuern sowie aus höheren Rohstoffpreisen und Abwärtsrisiken aus einer schwächer als erwartet verlaufenden Konjunktur ergeben.

Was die **monetäre Analyse** anbelangt, so bestätigen aktuelle Daten die verhaltene Dynamik des Geldmengen- und insbesondere des Kreditwachstums. Das Jahreswachstum der weit gefassten Geldmenge M3 ging von 3,2 % im April auf 2,9 % im Mai zurück. Auch die Jahreswachstumsrate von

MI verringerte sich, und zwar von 8,7 % im April auf 8,4 % im Mai. Die jährliche Zuwachsrate der Buchkredite an den privaten Sektor fiel abermals negativ aus. Die um Kreditverkäufe und -verbriefungen bereinigte Zwölfmonatsrate der Buchkreditvergabe an private Haushalte lag im Mai erneut bei 0,3 % und ist damit seit dem Jahreswechsel weitgehend unverändert geblieben. Die ebenfalls um Verkäufe und Verbriefungen bereinigte jährliche Änderungsrate der Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften schwächte sich weiter ab und betrug im Mai -2,1 % nach -1,9 % im April. Wie bereits im April waren die beträchtlichen monatlichen Nettotilgungen im Mai überwiegend im kurzfristigen Laufzeitenbereich zu beobachten, was möglicherweise eine geringere Nachfrage nach Betriebskapital vor dem Hintergrund einer schwachen Auftragslage zu Beginn des Frühjahrs widerspiegelt. Insgesamt ist die schwache Entwicklung der Kreditvergabe nach wie vor im Wesentlichen Ausdruck der aktuellen Phase des Konjunkturzyklus, des erhöhten Kreditrisikos sowie der anhaltenden Bilanzenanpassungen im finanziellen und nichtfinanziellen Sektor.

Seit dem Sommer vergangenen Jahres hat sich die Refinanzierungssituation der Banken erheblich verbessert. Fortschritte wurden insbesondere auch bei der Erhöhung der heimischen Einlagenbasis in einer Reihe von Ländern mit finanziellen Schwierigkeiten erzielt. Dies hat dazu beigetragen, die Abhängigkeit von der Refinanzierung über das Eurosystem zu verringern, was sich in der anhaltenden Rückzahlung von Mitteln aus den längerfristigen Refinanzierungsgeschäften (LRGs) mit dreijähriger Laufzeit widerspiegelt. Zur Gewährleistung einer angemessenen Transmission der Geldpolitik auf die Finanzierungsbedingungen in den Euro-Ländern ist es wichtig, dass die Fragmentierung der Kreditmärkte im Euroraum weiter zurückgeht und die Widerstandsfähigkeit der Banken erforderlichenfalls erhöht wird. Weitere entschiedene Maßnahmen zur Schaffung einer Bankenunion werden dabei helfen, dieses Ziel zu erreichen. Insbesondere stellen der künftige einheitliche Aufsichtsmechanismus sowie ein einheitlicher Abwicklungsmechanismus entscheidende Elemente auf dem Weg hin zu einer Reintegration des Bankensystems dar und bedürfen daher einer raschen Umsetzung.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass sich der wirtschaftlichen Analyse zufolge die Preise auf mittlere Sicht weiterhin im Einklang mit Preisstabilität entwickeln dürften. Die **Gegenprüfung** anhand der Signale aus der monetären Analyse bestätigt dieses Bild.

Was **weitere wirtschaftspolitische Bereiche** betrifft, so nimmt der EZB-Rat die beim Europäischen Rat vom 27./28. Juni 2013 ergriffenen Initiativen auf dem Gebiet der Jugendarbeitslosigkeit, der Investitionen und der Finanzierung kleiner und mittlerer Unternehmen sowie die Verabschiedung der im Rahmen des Europäischen Semesters 2013 ausgesprochenen länderspezifischen Empfehlungen durch den Europäischen Rat zur Kenntnis. Der EZB-Rat betont, dass die Umsetzung dieser Empfehlungen wesentlich zu einer nachhaltigen Erholung im Euro-Währungsgebiet beiträgt. Darüber hinaus sollte der neue haushalts- und wirtschaftspolitische Steuerungsrahmen der EU konsequent angewandt werden, und es sollten wesentlich entschlossener Anstrengungen unternommen werden, um Strukturreformen zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung voranzutreiben. In diesem Zusammenhang hält es der EZB-Rat für besonders wichtig,

auf eine Erhöhung der Wettbewerbs- und Anpassungsfähigkeit an den Arbeits- und Gütermärkten abzielen. Schließlich begrüßt der EZB-Rat die Ausarbeitung einer Reihe von Maßnahmen auf dem Weg zur Vollendung der Bankenunion als ein Schritt in die richtige Richtung, mahnt aber zugleich an, diese Maßnahmen rasch umzusetzen.

Wir sind nun gerne bereit, Ihre Fragen zu beantworten.

Europäische Zentralbank

Generaldirektion Kommunikation und Sprachendienst

Abteilung Presse und Information

Kaiserstraße 29, D-60311 Frankfurt am Main

Tel.: +49 (69) 1344-7455 • Fax: +49 (69) 1344-7404

Internet: www.ecb.europa.eu

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.